

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 26. März 2007, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 11 und 12 vom 15. und 22. März 2007 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Zurbrügg Christoph
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Jost Christine, Keller Hansjörg, Kolb Martin, Leibundgut Remo, Mbiti Verena, Mumenthaler Mirjam, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Andrea, Rascher Barbara, Rauch Wilhelm, Reusser Gabriele, Rutschmann Gabriela, Schwertfeger Doris, Schnell Vinzenz, Wenger Annelies, Wyss Christoph und Zwahlen Michel
Entschuldigt	Damen Hänzi Therese und Mumenthaler Regina und Herr Bär Walter
Mitglieder des Gemeinderates	Damen Schütz Baumgartner Barbara, Rechner Beatrix und Herr Urech Peter
Entschuldigt	Herren Grimm Markus, Haldimann Franz, Kummer Hugo und Frau Zäch Elisabeth
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	Herr Gnehm Urs, Direktor Localnet AG verschiedene Mitarbeitende der Baudirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. Februar 2007	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Neuer Fuss- und Radweg als Anbindung des Quartiers Meiefeld und der südwestlichen Quartiere (Radwegring) an den Bahnhof Burgdorf; Realisierung im Rahmen des Doppelspurausbaus zwischen S-Bahn-Station Burgdorf-Steinhof und Bahnhof Burgdorf; Kreditvorlage	Seite	4
5. Auftrag FDP / SVP betreffend Strategiefestlegung für Jugend-, Kultur- und Begegnungszentren	Seite	7
6. Motion SVP betreffend „Erhöhung der Altstadtattraktivität durch Umzug der Stadtverwaltung“	Seite	9
7. Motion FDP/jf-Fraktion betreffend „Localnet ohne Stadtbeteiligung“ (Die Motion wird zurückgezogen)	Seite	11
8. Interpellation Christoph Grimm, GFL, betreffend Alkoholverkauf an Jugendliche an der Solennität 2006. Wie geht es in Zukunft weiter?	Seite	11
9. Interpellation FDP/jf-Fraktion betreffend „Zukunft der Kommission für öffentliche Sicherheit“	Seite	13
10. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Altersvorsorge für StadtpräsidentInnen	Seite	13
11. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	14

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Rüfenacht Andrea durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph gibt bekannt, dass das Traktandum *7 Motion FdP/jf-Fraktion betreffend „Localnet ohne Stadtbeteiligung“* zurückgezogen wird.

Der Stadtrat nimmt den Rückzug der Motion zur Kenntnis.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. Februar 2007

Stadtrat Keller Hansjörg informiert, dass auf der Seite 20 bei seinem Votum der Satz in der fünften Zeile folgendermassen lauten muss *„Damit wurde bereits der Grundgedanke an eine Akteneinsicht erstickt“*.

Stadtrat Friedli Daniel teilt mit, dass auf der Seite 11 bei seinem Votum folgende Ergänzung gemacht werden muss *„Bereits beim MFH Neumattschachen wurden Arbeiten an Auswärtige Unternehmungen vergeben, zum Teil sogar konkurrenzlos“*.

Das Original-Protokoll wird entsprechend geändert.

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 26. Februar 2007.

2. Informationen des Stadratspräsidenten

Stadratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Herr Gnehm Urs, Direktor Localnet AG, sowie die zahlreich erschienen Mitarbeitenden der Baudirektion.

Der Vorsitzende teilt mit, dass voraussichtlich an der Stadtratssitzung vom 21. Mai 2007 eine Information zum Ergebnis der Strukturreform Emmental stattfinden wird. Es wird hoher Besuch aus Bern erwartet. Als Ausweichdatum ist die Informationsveranstaltung des Stadtrates (SR) vom 20. August 2007 vorgesehen. Am 21. Mai 2007 findet vor der Stadtratssitzung zudem die Generalversammlung der Localnet AG inklusive Apéro statt. Im Weiteren informiert der Vorsitzende, dass an der Stadtratssitzung vom 18. Juni 2007 der erste Geschäftsbericht nach NPM traktandiert wird. Aus diesem Grund und zur besseren Verständlichkeit ist für den SR eine Informationsveranstaltung zum Geschäftsbericht am 7. Juni 2007 von 18.00- 19.00 Uhr vorgesehen. Die Einladung dazu folgt zu gegebener Zeit.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara teilt mit, dass sie heute zum letzten Mal als Gemeinderätin an einer Stadtratssitzung teilnimmt. Sie freut sich deshalb besonders, dem SR zum Abschluss nochmals ein positives Rechnungsergebnis bekannt geben zu können. Die Rechnung 2006 schliesst mit einem kleinen Gewinn von rund Fr. 150'000.-- ab. Das Ergebnis ist rund 3 Mio. Franken besser als budgetiert. Budgetiert war ein Defizit von 2.9 Mio. Franken. Die wichtigsten drei Gründe für dieses Ergebnis sind die rund 2 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen, rund die Hälfte davon betreffen juristische Personen, Fr. 300'000.-- mehr Dividenden der Localnet AG und rund Fr. 300'000.-- höhere Buchgewinne. Die Nettoinvestitionen betragen rund 6.4 Mio. Franken inklusive Rückerstattung von

zwei Darlehen von rund 2 Mio. Franken. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 4.4 Mio. Franken und der Finanzierungsfehlbetrag von rund 1.9 Mio. Franken konnte aus liquiden Mitteln finanziert werden. Es gab keine Neuverschuldung, im Gegenteil die längerfristigen Schulden konnten um 0.5 Mio. Franken reduziert werden. Die Schulden betragen neu 52 Mio. Franken. Das Eigenkapital nach neun positiven Rechnungsabschlüssen in Serie beträgt 11.1 Mio. Franken. Der SR wird an der Juni-Sitzung das Rechnungsergebnis mit ausführlichen Kommentaren zur Genehmigung erhalten. Damit übergibt Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara die Finanzen an ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger. Sie macht das mit einem guten Gewissen und auch mit Stolz. Die Schulden sind in den letzten 10 Jahren von 82 auf 52 Mio. Franken gesunken, das Eigenkapital von 0 auf 11 Mio. Franken aufgebaut und die Steuern um einen Zehntel gesenkt worden. Die Stadt Burgdorf hat eine gute Ausgangslage für eine wirklich grosse Investition. Gegen 20 Mio. Franken wird die Erweiterung des Pestalozzischulhauses und einer 3-fach Turnhalle kosten. Diese Investition kann die Stadt Burgdorf finanzieren, wenn das Eigenkapital dafür gebraucht wird und im übrigen die finanziellen Mittel wie bisher sorgfältig einsetzt.

4. Neuer Fuss- und Radweg als Anbindung des Quartiers Meiefeld und der südwestlichen Quartiere (Radwegring) an den Bahnhof Burgdorf; Realisierung im Rahmen des Doppelspurausbaus zwischen S-Bahn-Station Burgdorf-Steinhof und Bahnhof Burgdorf; Kreditvorlage

Stadtrat Baumann Walter, namens der GPK, informiert, dass dieses Geschäfts seriös vorbereitet wurde. Die Grundlageakten sind gut und umfangreich dokumentiert. Das Gesamtprojekt dieses Radweges macht Sinn, vor allem durch die Zusammenarbeit mit der BLS. Damit können die Kosten vernünftig aufgeteilt werden. Die Stadt Burgdorf erhält keine Gelegenheit mehr, so rasch und günstig zu einem guten Radweg zu kommen, welcher das Radwegnetz in Burgdorf verstärkt. Man könnte dagegen argumentieren, dass bereits ein Radwegring vorhanden ist. Trotzdem müssen die Anwohner vom Choserfeld, Meiefeld und Friedhof nach wie vor die Hauptstrasse queren, wenn sie zum Bahnhof fahren. Mit dem neuen Radweg wird den Anwohnern die Möglichkeit gegeben direkt auf dem Radweg zum Bahnhof zu gelangen. Die GPK erachtet deshalb die Erweiterung des Radweges als sinnvoll, unter anderem auch wegen der regen Bautätigkeit im Meiefeld und Choserfeld. Seit der Revision des Parkplatzreglements besteht die Möglichkeit, Gelder für solche Bauten aus dem Parkplatzfonds zu beziehen. Diese Gelder sind nicht mehr eng definiert und zweckgebunden, sondern es werden grundsätzlich Infrastrukturmassnahmen im Bereich Verkehr, welcher Art auch immer, ermöglicht. Diese Finanzierung hat den Vorteil, dass eine harmonisierte Abschreibung umgangen werden kann und somit in den nächsten zehn Jahren die laufende Rechnung pro Jahr nicht mit 10% Abschreibung belastet. Die Vorlage ist aufgeteilt in die verschiedene Hauptteile A), B), C) und D). Die Teile B), C) und D) können nicht getrennt werden, da sie zusammenhängen. Es handelt sich um das Teilstück vom Bahnübergang Meisenweg bis zum Bahnhof. Die Teilstücke B), C) und D) sind in der GPK unbestritten. Die GPK hat sich jedoch zum Teilstück A) weitere Gedanken gemacht. Die Baupiste sowie der geplante Radweg führen über Burgerland. Zum Zeitpunkt der GPK-Sitzung war die Zusage der Burgergemeinde noch ausstehend. Deshalb hat die GPK beschlossen, diesen Teil als Einzelstück zu betrachten und wenn nötig auszuklammern ohne das Gesamtprojekt zu gefährden. Falls der Gemeinderat (GR) heute nicht über eine Einigung mit der Burgergemeinde informiert, schlägt die GPK vor, die Anträge des GR wie folgt abzuändern:

GPK-Antrag

1. Das Projekt Neuer Fuss- und Radweg als Anbindung des Quartiers Meiefeld und der südwestlichen Quartiere (Radwegring) an den Bahnhof Burgdorf wird hinsichtlich der Hauptelemente B, C und D genehmigt.
2. Für die Bauausführung dieser Hauptelemente wird ein Bruttokredit von Fr. 1'142'000.-- bewilligt. Die Finanzierung erfolgt über die Spezialfinanzierung gemäss Parkplatzreglement Art. 17.
3. Das Projekt wird hinsichtlich des Hauptelementes A (Bruttokredit Fr. 117'000.--) unter dem Vorbehalt genehmigt, dass der Einwohnergemeinde Burgdorf auf Grund der Vereinbarung mit der Burgergemeinde keine zusätzlichen Kosten erwachsen.
4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Die GPK hat sich weitere Gedanken zur Sicherheit der Velofahrer, vor allem auf der Lyssachstrasse gemacht. Die Sicherheit ist auch der Grund warum der zweite Radweg parallel zur Lyssachstrasse gebaut werden muss. Die Lyssachstrasse ist ziemlich eng und dadurch besteht ein sehr grosses Gefahrenpotenzial für alle Verkehrsteilnehmer. Der Kanton hat im Bereich Aebi – Restaurant National

einen Kreisel sowie die Absenkung der Tiergartenbrücke geplant. Damit soll das Industriequartier und deren Anlieferungsbedarf erschlossen werden. Dadurch erhöht sich auch das Gefahrenpotenzial in diesem Bereich entsprechend. Es muss ein Konzept erarbeitet werden, damit die Lyssachstrasse von den Velofahrenden gemieden wird und anstelle die beiden Radwege benützen. Damit kann das Gefährdungspotenzial der Velofahrenden gesenkt werden. Die GPK bringt diesen Gedanken nicht als Antrag, weil die GPK der Meinung ist, dass dieser Anstoss für die Verwaltung reicht um aktiv zu werden. Man wartet nun die Antwort des GR betreffend den Verhandlungen mit der Burgergemeinde ab. Falls die Verhandlungen erfolgt sind, kann den Anträgen des GR zugestimmt werden, ansonsten wird der SR gebeten, den Anträgen der GPK zuzustimmen.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara vertritt bei diesem Geschäft sowie beim Traktandum 6 Gemeinderat Grimm Markus und zwar das erste Mal in 10 Jahren als seine Stellvertreterin. Der SR hat eine Vorlage erhalten, welche das Bauprojekt des neuen Fuss- und Radweges beschrieb. Auf den technischen Teil der Vorlage wird nicht näher eingegangen, wenn der SR dazu Fragen hat, stehen einige Auskunftspersonen der Baudirektion zur Verfügung. Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara macht ein paar Worte zum Sinn und Nutzen des neuen Fuss- und Radweges sowie zum Finanziellen. Wer im Meiefeld oder in einem südwestlichen Quartier wie Fink oder Steinhof wohnt und mit dem Velo zum Bahnhof Burgdorf oder ins Stadtzentrum will, fährt heute über die Lyssachstrasse. Diese Strasse ist stark befahren, eng und der Verkehr inkl. Schwerverkehr wird mit der Realisierung des ESP Bahnhof zunehmen. Die heutige Situation ist gefährlich und unbefriedigend. Mit dem Bau eines neuen Fuss- und Radweges kann diese Situation für alle Verkehrsteilnehmenden markant verbessert werden. Velofahrende und Fussgänger erreichen den Bahnhof und das Stadtzentrum neu über eine von der Lyssachstrasse getrennte Verbindung. Mit dem neuen Fuss- und Radweg wird eine attraktive Verbindung vom Meiefeld und weiteren Wohnquartieren ins Bahnhofquartier geschaffen, die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmenden wird erhöht und es wird auch die Zufahrt für den motorisierten Verkehr durch die Entlastung vom Langsamverkehr verbessert. Auslöser für dieses Projekt ist die BLS, welche die Bahnstrecke zwischen Bahnhof Burgdorf und Steinhof auf Doppelspur ausbaut. Wenn das städtische Projekt gleichzeitig realisiert wird, entstehen Synergien und damit finanzielle Einsparungen. Der beantragte Kredit von rund 1.2 Mio. Franken wird aus dem Parkplatzfonds finanziert. Gemäss Artikel 17 Absatz 2 des Parkplatzreglements können aus dieser Spezialfinanzierung u.a. Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und einer nachhaltigen Mobilität finanziert werden. Das hat den Vorteil, dass die laufende Rechnung nicht mit Abschreibungskosten belastet wird. Die GPK beantragt, vorerst nur einen Kredit von 1.142 Mio. Franken zu sprechen, ohne Hauptelement A Verbindung Unterführung Meisenweg bis Lerchenbodenweg, falls die finanziellen Absprachen zwischen Stadt und Burgergemeinde noch nicht bekannt sind. Erste Kontakte zwischen Stadt und Burgergemeinde haben stattgefunden, aber es gibt noch keine definitive Regelung. Der Burgerrat hat vor rund einer Stunde beschlossen, dass er grundsätzlich verhandlungsbereit ist, aber die Verhandlungen müssen zuerst noch geführt werden. Es handelt sich um Landwirtschaftsland und beträgt rund 600 Quadratmeter. Dieses hat einen ungefähren Wert von Fr. 5.-- pro Quadratmeter. Beim Kauf des Landes geht es um einen Betrag von ein paar Tausend Franken. Es handelt sich um einen geringen Betrag, der in der Kostenungenauigkeit der Vorlage liegt. Es ist deshalb nicht sinnvoll, das Geschäft zurückzustellen und später nochmals zu behandeln. Der SR wird gebeten, den Gesamtkredit für den Bau des neuen Fuss- und Radweges zu genehmigen.

Stadtrat Eberhard Werner, namens der SP-Fraktion, informiert, dass er 1972 nach Burgdorf gekommen ist und damals gab es das Lerchenbühl, die Eisenbahnsiedlung und ein paar Häuser im Meiefeld. Heute sieht die Gegend ganz anders aus. Die Überbauung in diesem Gebiet ist fast fertig. Das Einzugsgebiet ist relativ gross, fast so gross wie im Gyrischachen. Burgdorf plant sehr viel. Beim Richtplan Stadtentwicklung ist der 1988 erarbeitete Bericht zur Verkehrsplanung der Stadt Burgdorf aufgefallen. In diesem Bericht war schon damals eine attraktivere Fuss- und Veloverbindung ein Thema. Die Stadtentwicklung war schon damals wichtig. Bei der heutigen Stadtentwicklung ist auch im ESP Bahnhof der Fuss- und Radweg vorgesehen. Der SR wird gebeten, dem Antrag des GR zuzustimmen.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass die Vorlage eingehend diskutiert wurde. Mit den Projektelemente A), B), C) und D) hat man sich intensiv befasst. Es war nicht ganz einfach den Überblick zu behalten. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion zur Vorlage positiv eingestimmt. Die besondere Situation bzw. die einmalige Chance, die sich der Stadt aus diesem Projekt der BLS ergibt, wird anerkannt. Die Gelegenheit sollte genutzt werden. Die Erschliessung des Fuss- und Radweges zum Bahnhof ist wichtig und sinnvoll. Für die Velofahrenden aus dem südlichen Quartier besteht bereits heute eine Möglichkeit via Veloweg über den Friedhof und der Seniorenresidenz Burdlef zum Bahnhof zu gelangen. Die Velofahrenden aus dem Meiefeldquartier müssen nach wie vor die stark befahrene Natikreuzung queren und die enge Lyssachstrasse benützen. Mit den vorgelegten Projekt-

elementen B), C) und D) können diese Mängel bereits ab Barriere Lerchenboden elegant, bequem und sicher behoben werden. Es ist wichtig, dass keine stark befahrenen Kreuzungen und engen Strassen überquert werden müssen. Die Problematik der Velofahrenden auf der Lyssachstrasse ist für die SVP-Fraktion ein zentrales Anliegen. Der GR wird deshalb aufgefordert, aus Sicherheitsgründen flankierende Massnahmen zu prüfen und zu ergreifen und zukünftig, die Velofahrenden darauf hinzuweisen, den Veloweg zu benützen. Damit würde der motorisierte Verkehr insbesondere der Warentransport auf der Lyssachstrasse Sicherheitstechnisch entlastet. Die Motivation für das Hauptelement A) mit der Anbindung des Veloweges vom Friedhof via Lerchenboden bis zum Bahnhof ist ersichtlich, obwohl bereits für den Südteil von Burgdorf eine Verbindung besteht. In der Vorlage sind zum Hauptelement A) keine Vereinbarungen des GR mit der Burgergemeinde vorhanden gewesen, obwohl der Architekt darauf hingewiesen hat. Die Gesamtkosten des Hauptelements A) von Fr. 117'000.-- enthalten diesbezüglich keinen Posten. Ob dadurch Mehrkosten entstehen, ist aus der Vorlage nicht ersichtlich. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion den Elementen B), C) und D) zu und bezüglich des Hauptelements A) unterstützt die SVP-Fraktion den GPK-Antrag.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass die Anträge des GR ohne Wenn und Aber unterstützt werden. Es werden alle Elemente unterstützt. Es ist sinnvoll, mit dem Ausbau der BLS-Strecke ebenfalls den Veloweg auszubauen. Der bestehende Veloweg ist unbefriedigend und die Verkehrssicherheit auf der Lyssachstrasse ungenügend. Seit der Studie Zufahrt Emmental wissen wir, dass 40% des motorisierten Individualverkehr in Burgdorf hausgemacht ist. Mit dem Ausbau des Radweges werden Anreize zum Umstieg auf den Langsamverkehr erhöht. Im Hinblick auf die bekannten negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs sollten solche Investitionen gemacht werden. Solche Investitionen sind längerfristig und haben einen nachhaltigen Charakter. In zwei Jahren wird es noch keinen Tunnel geben in Burgdorf, aber jedoch wesentlich mehr Burgdorferinnen und Burgdorfer, welche aus Überzeugung das Velo dem Auto vorziehen.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass die Absicht, den Doppelspurausbau der BLS für die Realisierung eines Radweges zu nutzen, begrüsst wird. Es wird auch begrüsst, dass die Vorlage als Gesamtpaket vorgelegt wird. Die Anbindung des stark gewachsenen Meiefeldquartier ist ein logischer Schritt. Die Lyssachstrasse ist ein gefährlicher Gefahrenherd und muss mit dem neuen Radweg korrigiert werden. Die Erschliessung nützt nicht nur dem Meiefeld, sondern auch dem Steinhof und Lindenfeld. Für die Stadt Burgdorf war es nicht planbar, dass die BLS den Doppelspurausbau so schnell vorantreibt. Deshalb hat die FDP-Fraktion Verständnis, dass diese Investition nicht in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten ist. Dies spielt eigentlich keine Rolle, da die Finanzierung über den Parkplatzfonds läuft. Die Folgekosten sind wie in der Vorlage beschrieben klein. Es ist deshalb sinnvoll, alles zusammen zu genehmigen. Gemäss Plan ist die Einmündung beim Bahnhof noch unklar, aber dies ist noch nicht möglich, da die Umgestaltung des Bahnhofs später erfolgt. Dieses Problem kann aber sicherlich elegant und ohne zusätzliche Kosten gelöst werden, wenn der Bahnhof umgestaltet wird. Mit der Realisierung dieses Teilstücks wird eine wichtige Lücke im Radwegring geschlossen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer kann massiv verbessert werden. Die FDP-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zu diesem Geschäft. Die FDP-Fraktion unterstützt den GPK-Antrag und bittet den SR, diesem zuzustimmen.

Stadtrat Probst Andrea, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass die Vorlage erfreulich ist. Vor 20 Jahren hat er als Gründungsmitglied und ehemaliger Aktivist der IG Velo viel in die Realisierung des Radwegnetzes investiert. Mit einem grossen Fest wurde das wertvolle Teilstück Friedhofweg und Meisenweg eröffnet. Die Vorlage ist erfreulich, weil die Quartiere Meiefeld, Fink und ein grosser Teil im Süden an das Bahnhofquartier mit einem Veloweg erschliesst und die Umfahrung der gefährlichen Natikreuzung möglich macht. Es gibt viele Velofahrende, welche vom Norden in den Süden bzw. ins Meiefeldquartier und den Sportanlagen fahren. Dank dem Doppelspurausbau der BLS und einem umsichtigen GR, kann der SR den Grundsatzentscheid zur Erschliessung des Radwegrings fällen. Es handelt sich um einen Glücksfall, dass der Radweg durch eine direkte Trasseführung in den Schoss fällt. Die GFL-Fraktion steht zu 100% hinter dieser Vorlage. Allerdings in der Hoffnung, dass der noch ausstehende Teil in den fünfstelligen Zahlen bleibt. Der Vorlage wird zugestimmt.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, wenn der Betrag im Rahmen der Fr. 3'000.-- liegt, nicht darüber diskutiert werden muss. Dem GR wird vertraut. In diesem Fall wird die GPK ihren Antrag zurückziehen.

GR-Antrag

1. Das Projekt „Neuer Fuss- und Radweg als Anbindung des Quartiers Meiefeld, der südwestlichen Quartiere (Radwegring) an den Bahnhof Burgdorf“ wird genehmigt.
2. Für die Bauausführung wird ein Bruttokredit von Fr. 1'259'000.00 bewilligt. Die Finanzierung erfolgt über die Spezialfinanzierung gemäss Parkplatzreglement Art. 17.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditvorlage Neuer Fuss- und Radweg als Anbindung des Quartiers Meiefeld und der südwestlichen Quartiere (Radwegring) an den Bahnhof Burgdorf; Realisierung im Rahmen des Doppelspurausbaus zwischen S-Bahn-Station Burgdorf-Steinhof und Bahnhof Burgdorf.

5. Auftrag FDP / SVP betreffend Strategiefestlegung für Jugend-, Kultur- und Begegnungszentren

Stadtrat Ingold Rolf, namens der GPK, informiert, dass Gemeinderätin Zäch Elisabeth an der GPK-Sitzung umfassend informiert hat. Die Fragen der GPK wurden offen und kompetent beantwortet. Das ungenügende Angebot von angemessenem Jugendraum ist seit langem bekannt. Der Auftrag ist deshalb willkommen. Die Suche nach geeigneten Jugendräumen hat sich in den letzten Jahren als nicht einfaches Unterfangen erwiesen. Der GPK ist klar, dass solche Räume nicht ohne finanzielle Mittel gefunden werden können. Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass in der heutigen Investitionsplanung keine Mittel für allfällige Jugendräume enthalten sind. Gemäss Gemeinderätin Zäch Elisabeth ist dies darauf zurückzuführen, dass man zum heutigen Zeitpunkt nicht weiss, ob eine Miet- oder Kauflösung gefunden werden kann. Die Jugendräume müssen keinen noblen Ausbaustandard aufweisen und demzufolge muss auch kein erhöhter Preis bezahlt werden. Die Jugendlichen sollen und wollen die Räumlichkeiten unter der Leitung der Jugendarbeiter selber gestalten. Die GPK beantragt dem SR einstimmig bei einer Abwesenheit, dem Wortlaut des Auftrages zuzustimmen und an den GR zu überweisen.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass der Auftrag die Antwort auf die vom SR am 18. September 2006 abgelehnte SP-Motion ist. Die in der ursprünglichen Motion verlangten Massnahmen waren unrealistisch und kostspielig. Es ist eine Tatsache, dass die Suche nach Jugendräumen nicht gelöst ist. Leider konnte mit dem Jugendleitbild keine Abhilfe geschaffen werden. Mit dem Nutzungsverbot der alten Sägegass-Turnhalle hat sich die Situation verschärft. Die Markthalle kann ebenfalls keinen reellen Ersatz bieten. Gemäss Antwort des GR steht man jedoch kurz vor einem Abschluss für einen geeigneten Jugendraum. Mit der Annahme des Auftrages wird der GR legitimiert, Verhandlungen zu einem guten Ende zu bringen. Es ist klar, dass die Annahme des Auftrages mit Kosten verbunden sein wird. Der GR wird gebeten, bei den Verhandlungen dafür besorgt zu sein, dass marktübliche Kauf- bzw. Mietpreise verlangt werden. Die Kosten werden im Interesse der Jugendlichen in Kauf genommen. Die FDP-Fraktion bittet den SR, dem Auftrag zuzustimmen.

Gemeinderat Urech Peter vertritt bei diesem Geschäft Gemeinderätin Zäch Elisabeth. Der GR nimmt den Auftrag gerne entgegen. Die Stossrichtung des Vorstosses bekräftigt den GR in seinen Bemühungen. Der GR ist sich bewusst, dass mehr Jugendräume für verschiedene Bedürfnisse gebraucht werden. Dies zeigt bereits das Jugendleitbild, aber auch das Präventionsprojekt „Die Gemeinde handelt“. In der Vorlage wurde aufgezeigt, was bis jetzt alles gemacht worden ist und welche Probleme vorhanden sind. Der GR lässt sich auf der Suche nach geeigneten Räumen nicht entmutigen. Ausserdem hat das Geschäft im GR hohe Priorität. Gleichzeitig werden die Jugendlichen aufgeboten, sich zu melden und ihre Bemerkungen und Anliegen zu erläutern. Die Jugendbeauftragte der Stadt Burgdorf kann immerhin vermitteln und den Jugendlichen helfen, bereits bestehende Angebote zu nutzen. Der SR wird gebeten, den Auftrag an den GR zu überweisen. Die Verhandlungen werden zu marktüblichen Preisen abgeschlossen.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, zeigt sich erfreut, dass die FDP und SVP die Notwendigkeit von geeigneten Jugendräumen erkennen. Der Auftrag wird unterstützt, obwohl der Inhalt zuwenig verbindlich erscheint. Es ist schade, dass die Motion der SP mit dem Argument, dass die Forderung nach Unterstützung von Veranstalter zu viel sei und zu kostspielig, abgelehnt worden ist. Der Verdacht besteht, dass die FDP und SVP aus wahltaktischen Gründen die Früchte eines Baumes ernten will, welche von der SP gepflanzt worden ist. Dieses Spiel auf dem Rücken der Jugendlichen

auszutragen, ist nicht opportun. Es ist wichtig, dass zu gegebener Zeit auch die finanziellen Mittel gesprochen werden.

Stadtrat Jakob Beat-Ulrich, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, man ist sich bewusst, dass die Suche nach geeigneten und kostengünstigen Jugendräumen schwierig ist. Es soll keine kurzfristige Notlösung, sondern ein funktionierendes Jugend-, Kultur- und Begegnungszentrum gesucht werden. Man ist sich bewusst, dass entsprechende finanzielle Mittel nötig sein werden. Hoffentlich sind sich die Autoren des Auftrages dessen bewusst. Die EVP-Fraktion empfiehlt die Annahme des Auftrages.

Stadträtin Caesar Priska, namens der EDU, unterstützt den Auftrag. Der Auftrag soll jedoch ergänzt werden, dass die Jugendtreffs unter Anwesenheit von mindestens zwei erwachsenen Jugendbeauftragten und ohne Alkoholausschank stattfinden. In einer Zeit wo die Alkoholexzessen zunehmen, ist es wichtig, dass die Jugendlichen die Möglichkeit eines Jugendraumes ohne Alkoholkonsum haben.

Abänderungsantrag Stadträtin Caesar Priska

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessene und zweckmässige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. **Veranstaltungen in den Räumlichkeiten finden unter Aufsicht von mindestens zwei erwachsenen Jugendbeauftragten und ohne Alkoholausschank statt.**

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass der Auftrag unterstützt wird. Der SR hat bereits am 18. September 2006 eingehend über das Thema diskutiert. Die Aussage von Stadtrat Penner Nadaw sind unfair. Das Thema hätte eigentlich bereits am 18. September 2006 erledigt werden können, wenn die SP-Fraktion bereit gewesen wäre die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der GFL-Fraktion, dankt dem GR für seine Bereitschaft den Auftrag anzunehmen. Die GFL-Fraktion unterstützt den Auftrag. Die GFL-Fraktion sucht immer wieder das Gespräch mit den zuständigen Verantwortlichen und ist deshalb informiert über den Stand der Verhandlungen. Seit längerer Zeit wird an dieser Problematik intensiv gearbeitet. Man ist sich bewusst, dass es schwierig ist allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Es ist klar, dass finanzielle Mittel nötig sein werden. Die Detailausarbeitung und das Betriebskonzept muss nicht heute Abend diskutiert werden, denn dies ist Aufgabe der Fachpersonen. Das breite Interesse der Parteien wird begrüsst. Den Verantwortlichen der Stadt Burgdorf wird für ihren Einsatz gedankt. Nach Ansicht der GFL-Fraktion wurde nicht das ideale Instrument gewählt, aber am Auftrag ist nicht viel zu ändern oder zu ergänzen. An diesem Geschäft wird bereits lange und intensiv gearbeitet.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass die Überlegungen von Stadträtin Caesar Priska ebenfalls gemacht wurden. Bei diesen Überlegungen geht es aber um das Betriebskonzept wie das Jugendhaus geführt werden muss. Der Sinn und Inhalt des Auftrages ist die Suche nach Räumlichkeiten. Das Betriebskonzept muss erst erarbeitet werden, wenn geeignete Räume gefunden wurden. Der Abänderungsantrag wird von der GPK abgelehnt.

Gemeinderat Urech Peter unterstützt die Aussagen von Stadtrat Keller Hansjörg. Beim Auftrag geht es um die Suche nach Räumlichkeiten und nicht um die Ausgestaltung des Betriebskonzeptes. Ein Auftrag kann jedoch abgeändert werden. Der Abänderungsantrag macht aber wenig Sinn. Im Rahmen des Projektes „Die Gemeinden handeln“ wurde die Problematik bereits diskutiert. Es muss differenziert werden, ob zum Beispiel über 18-jährige unter Aufsicht von Jugendbeauftragten gestellt werden sollen. Die Problematik muss im Einzelnen angeschaut werden. Der Abänderungsantrag soll abgelehnt werden.

Abänderungsantrag Stadträtin Caesar Priska

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessene und zweckmässige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. **Veranstaltungen in den Räumlichkeiten finden unter Aufsicht von mindestens zwei erwachsenen Jugendbeauftragten und ohne Alkoholausschank statt.**

Der Stadtrat lehnt den Abänderungsantrag mit 35 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Abstimmung

Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessene und zweckmässige Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Der Stadtrat überweist einstimmig den Auftrag an den Gemeinderat.

6. Motion SVP betreffend „Erhöhung der Altstadtattraktivität durch Umzug der Stadtverwaltung“

Stadtrat Wyss Christoph, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass es im Wortlaut heisst, dass die Verlagerung der Stadtverwaltung zu prüfen sei und die Büroräumlichkeiten von 2'400 m² im Mergele-Zentrum eine Möglichkeit bieten. Ebenfalls sind die freierwerdenden Räumlichkeiten im Altstadtbereich einer Nutzung zuzuführen, welche die Attraktivität der Altstadt erhöht. Für diese Motion spricht ganz klar, dass für das Stadtmarketing mit erster Priorität „Wohnen / Wohnorts-Marketing“ mit Wohnen in der Altstadt definiert wurde. Seit 2004 hat die Leiterin Stadtmarketing den Auftrag, das Projekt „Umsetzen von Pionierhaften Wohnprojekten in der Altstadt“ umzusetzen. Bisher ist die Signalwirkung eher bescheiden ausgefallen. Durch die Ausarbeitung eines Konzeptes könnten wir, auch für interessierte Investoren, ein Zeichen setzen. Der GR begrüsst einen Umzug der Verwaltung und macht auf die mögliche Umnutzung der Verwaltungsliegenschaften als attraktiven Wohnstandort aufmerksam. Ebenfalls weist der GR auf die Nachteile des heutigen Verwaltungsstandorts hin. Nur der in der Motion vorgegebene Termin wird nicht unterstützt. Die Motion verlangt aber die Ausarbeitung eines Konzeptes und noch nicht den Umzug. Der in der Motion verlangte Zeitraum von 6 Monaten, leider hat man schon 3 Monate verstreichen lassen, scheint sehr realistisch. Konzeptionelle Phasen sollten nicht über Jahre verzögert werden. Mit der Vorlegung eines Konzeptes und der Prüfung des Mergele-Gebäudes, wo der m²-Mietpreis für Büros mit Fr. 150.--/m² und Jahr sehr preiswert ist, werden wichtige Informationen gewonnen, die auch für weitere Standorte wie Hunyadigasse, Bucherstrasse, Schlössliareal, Verbandsmolkerei und SBB, nützlich sein werden. Argumente wie „die städtische Verwaltung sei im Umbruch“ zum Beispiel durch Übernahme von weiteren Sozialaufgaben, Schaffung der Einheitspolizei bis 2010 sowie Planung von Raumreserven, lassen wir nicht gelten. Abwarten und Nichtstun ist wohl das schlechteste Rezept, wenn sich Burgdorf als attraktive Wohnstadt verkaufen will. Die SVP-Fraktion schlägt vor, die Prüfung nicht länger hinaus zu zögern und die Motion in der vorliegenden Form anzunehmen.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara orientiert, dass der GR grundsätzlich die Stossrichtung der Motion begrüsst, aber diese entschieden ablehnt. Mit vermeintlich schnellen Lösungen ist weder der Oberstadt noch der Stadtverwaltung und auch nicht den städtischen Finanzen gedient. Der GR will auf gar keinen Fall, dass die Stadtverwaltung aus dem Kirchbühl auszieht, bevor die künftige Nutzung der Liegenschaften am Kirchbühl geklärt ist, ein bewilligtes Umbauprojekt vorliegt und ein Investor gefunden ist. Alles andere wäre für die Oberstadt ein völlig falsches Signal. Auch der GR ist überzeugt, dass die Verlagerung der städtischen Verwaltung aus dem Kirchbühl in das Bahnhofquartier anzustreben ist. Deshalb wurde bereits bei der Aktualisierung des Legislaturplans im Mai 2006 eine entsprechende neue Massnahme in den Legislaturplan aufgenommen (Massnahme Nr. 3.2.: Unterbringung und kundenfreundliche Konzentration der Verwaltung im ESP Bahnhof prüfen). Standortstrategie und Legislaturplan des GR sehen für die Altstadt eine Neupositionierung als attraktiver Wohnstandort in historischem Ambiente vor. Aus verschiedenen Gründen, zum Beispiel fehlende Verfügbarkeit von Liegenschaften, stellt sich diese Entwicklung trotz entsprechender Nachfrage nur zögernd ein. Die gewünschte Entwicklung könnte durch die Umnutzung der Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum mit hoher Qualität angeschoben werden. Andererseits soll im Bahnhofquartier eine Entwicklung mit gemischter Nutzung, insbesondere Dienstleistungsarbeitsplätze, erfolgen. Mit einem Umzug der Verwaltung in den ESP und weitere Massnahmen wie zum Beispiel einem neuen Bahnhofplatz, würde die Stadt zeigen, dass sie es mit der Entwicklung des Bahnhofquartiers ernst meint. Für Investoren wäre es ein Zeichen des Aufbruchs. Abgesehen von den beiden genannten Gründen hat der heutige Verwaltungsstandort verschiedene Nachteile. Der Standort Kirchbühl ist für Kundinnen und Kunden, zum Beispiel nicht motorisierte Menschen mit Gehbehinderungen, schlecht erreichbar. Die Abläufe in der Verwaltung sind nicht optimal, weil die Direktionen auf verschiedene Gebäude verteilt sind, die Platzverhältnisse sind teilweise eng und die Zuordnung der Räume zueinander unbefriedigend. Am 19. Februar 2007 hat der GR die Baudirektion zusammen mit der Finanzdirektion beauftragt, Abklärungen für die Verlegung der Arbeitsplätze der Stadtverwaltung in das Bahnhofquartier, zu treffen. Im Rahmen dieser Abklärungen sollen verschiedene potentielle Standorte auf ihre Vor- und

Nachteile hin untersucht und bewertet werden. Namentlich stehen folgende Standorte zur Diskussion: Mergele-Gebäude, ehemaliges Hauptgebäude RM kombiniert mit Neubau, Neubau SBB-Areal bei neuem Bushof, Schössli-Areal, Verbandsmolkereiareal und Areal Hunyadigasse. In diesem Zusammenhang werden auch bereits Kontakte mit möglichen Investoren gesucht und alternative Finanzierungsmodelle, Stichwort PPP, abgeklärt. Und zwar sowohl für die Bereitstellung der neuen Dienstleistungsflächen für die Stadtverwaltung als auch für die frei werdenden städtischen Liegenschaften im Kirchbühl. Der GR lehnt die Motion ab, obwohl die stadtentwicklungsbezogenen Anliegen weitgehend geteilt werden. Der Umzug der Verwaltung soll zügig, aber nicht überstürzt geplant und umgesetzt werden. Aus Sicht des GR ist ein Umzugstermin im Jahr 2010 realistisch. Wenn der GR bis Ende Juni 2007 ein Konzept zu der Verlagerung der Stadtverwaltung in die Büroräumlichkeiten der Helsana im Mergele-Gebäude vorlegen sollte, dann erlaubt diese Frist weder eine seriöse Abklärung noch einen Vergleich mit anderen möglichen Standorten. Zudem ist im Interesse der Oberstadt unbedingt zu vermeiden, dass die städtischen Liegenschaften im Kirchbühl leer stehen. Die Motion rennt einerseits offene Türen ein, ist aber andererseits sachlich zu eng gefasst und terminlich nicht realistisch. Der GR bittet den SR deshalb, die Motion abzulehnen.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, unterstützt den Vorstoss, dass für die Verwaltung eine gute Lösung gefunden wird. Die Motionäre verlangen, dass die Verwaltung die Altstadt verlässt und in die Unterstadt umzieht. Im weiteren wird das Konzept bis im Juni 2007 verlangt. Die Altstadt soll dadurch belebt werden. In einem Jahr soll zudem die Verwaltung ins Mergele-Gebäude verlegt werden. Es ist fragwürdig, ob ein solches Konzept innert drei Monaten erarbeitet werden kann. Zudem fragt sich, ob mit dem Auszug der Verwaltung am Kirchbühl die Altstadt belebt wird. Grundsätzlich liegt das Mergele-Gebäude näher beim Zentrum und wäre für ältere Leute besser erreichbar. Es muss aber abgeklärt werden, wie sinnvoll das Mergele-Gebäude wäre, insbesondere die Eignung, die Mehrkosten, die Umzugskosten und der Zeitpunkt des Umzuges. Der öffentliche Verkehr ist kein Argument, denn es kommt kaum jemand aus Bern mit dem Zug, es sind vor allem Burgdorferinnen und Burgdorfer, welche die Stadtverwaltung erreichen müssen. Zudem besteht eine Busverbindung im Viertelstundentakt in die Oberstadt. Wer nicht gut zu Fuss unterwegs ist, kann sicherlich mit dem Auto kurz im Kirchbühl parkieren. Es stellt sich die Frage, ob sich die Situation bilanzmässig entspannt. Die GFL-Fraktion ist der Meinung, dass es sich schlussendlich nicht lohnt. Es ist zu früh, denn die Weiternutzung der Liegenschaften im Kirchbühl muss zuerst geprüft werden. Die Zeitspanne zur Erarbeitung des Konzeptes bis im Juni ist zu knapp. Die Nutzung für die Oberstadt ist fragwürdig und die Kosten sind ungewiss. Es scheint, als ob die Eigentümer in Zugzwang gekommen ist oder man hat Optimierungsgelüste in der Mergele. Die GFL-Fraktion lehnt die Motion ab, weil sie nicht erfüllbar ist.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Oberstadt neue positive Impulse braucht, da sind wir uns einig. Mit der Erarbeitung eines überhasteten Konzeptes für den Umzug der Stadtverwaltung in die Unterstadt innerhalb eines Jahres, insbesondere der Umzug in die Mergele, setzen wir jedoch einen negativen Impuls. In der jetzigen Situation wäre das für die Oberstadt ein katastrophales Signal und die Ladenerosion würde sich in Folge davon rasant verschnellern. Die SP-Fraktion stellt sich nicht gegen eine Prüfung einer möglichen Verlegung der Verwaltung mit all denen, von den Motionären gepriesenen Vorteilen in die Unterstadt. Diese Verlegung, egal ob als Motor für zukünftige Investoren im ESP-Bahnhof oder als Mieterin in den leerstehenden Räumen des Mergele-Zentrums, muss in einem seriösen Gesamtkonzept erarbeitet und beurteilt werden. Ein solches Konzept kann in der geforderten Qualität nicht in den von den Motionären geforderten Zeitrahmen bis Ende Juni, also in 3 Monaten, erarbeitet werden. Die notwendigen Abklärungen wie zum Beispiel die Nutzung der freiwerdenden Liegenschaften in der Oberstadt oder der Neubau im ESP-Bahnhof mittels Public Private Partnership Finanzierung (da wurde ja eine entsprechenden Motion der bürgerlichen Partei überwiesen) brauchen viel Zeit. Oberste Priorität sollte für alle eine nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen der Stadt Burgdorf haben. Mit der in der Motion geforderten Konzepterarbeitung im Schnellzugstempo ist die Nachhaltigkeit gefährdet und die effektive Entwicklung blockiert. Die SP-Fraktion hilft dabei nicht mit und lehnt deshalb die Motion ab.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man sich mit der Motion auseinandergesetzt hat. Die Prüfung eines Umzuges der Stadtverwaltung wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet. Die Bürgernähe ist sicherlich im Bahnhofquartier eher gegeben als in der Oberstadt. Zudem bietet ein solcher Wechsel auch die Chance die Arbeitsabläufe in der Verwaltung zu überdenken und für die Zukunft einen Effizienzgewinn zu erbringen. Der Wortlaut der Motion lässt offen, ob es wirklich das Mergele-Gebäude sein muss. Mit der Überweisung der Motion kann der SR dem GR die Möglichkeit geben, seine Ideen und Strategien offen zu legen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass die Ansätze einer Planung und Vorstellungen vorhanden sind. Deshalb ist eine Aufarbeitung der Angaben für ein Konzept bis im Juni 2007 vertretbar. Die FDP-Fraktion unterstützt die Motion.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, beginnt mit dem Zitat „Manchmal wäre weniger mehr“. Als erstes möchte er zum Rückzug der Motion bemerken, dass er vor einiger Zeit ein Mail von Gnehm Urs, der sich intensiv mit dem Vorstoss auseinander gesetzt hat, erhalten hat. Zudem hat er ein Mail vom GR erhalten mit einer recht ausführlichen Argumentation zu diesem Vorstoss. Die EVP-Fraktion wie auch die anderen Fraktionen haben den Vorstoss ebenfalls intensiv und zeitaufwendig besprochen. Und nun wird der Vorstoss zurückgezogen. Die investierte Zeit hätte anders gebraucht werden können. Dies einige Bemerkungen zur Einreichung von Vorstössen und deren Rückzug. Die Motion betreffend Umzug der Verwaltung ist nach Ansicht der EVP-Fraktion ein Schnellschuss und nicht umsetzbar. Der Fokus auf das Mergele-Gebäude riecht nach Einzelinteresse. Die EVP-Fraktion unterstützt den GR in seiner Strategie und den Absichten, der Altstadt Impulse zu verleihen. Die Motion wird abgelehnt.

Stadtrat Baumann Walter informiert, dass die Bemerkungen betreffend Eigeninteresse an ihn gerichtet sind, weil er als einziger im Mergele-Gebäude wohnt. Er ist froh, dass die 2'400 m² der Helsana nicht genutzt werden, weil dadurch Ruhe herrscht und sie regelmässig die Fr. 130'000.-- Neben- und Betriebskosten bezahlt bekommen. Deshalb kann von Eigeninteresse nicht gesprochen werden. Die Helsana hat die Räume seit einem Jahr leer stehen lassen und beginnt nun diese aktiv zu vermieten. Stadtrat Baumann Walter hat dem GR bereits vor einem Jahr mitgeteilt, dass dies eventuell eine interessante Gelegenheit wäre. Zudem sind bereits entsprechende Konzepte erarbeitet worden. Deshalb ist es kein Problem, das Konzept bis im Juni 2007 zu erstellen. Der Mietzins beträgt Fr. 150.-- pro m² im Jahr und die Neben- und Betriebskosten Fr. 8.-- pro m² im Jahr. Dies ergibt total rund Fr. 160.-- pro m² im Jahr. Es gibt kaum eine weitere Chance, Räume zu so günstigen Konditionen zu finden. Es wäre schade, wenn die Überprüfung nicht gemacht würde. Gewisse Abklärungen wurden bereits gemacht, es geht also nur noch um die Fertigstellung des Berichts. Es wäre schade, wenn aus Kostengründen die Stadtverwaltung nicht umziehen könnte. Es wird nicht verlangt, dass die Stadtverwaltung sofort umzieht, es wird lediglich ein Konzept verlangt. Das Konzept muss nicht das Mergele-Gebäude als Lösung darstellen, denn es können auch andere Lösungen präsentiert werden. Das Konzept kann auch aufzeigen, dass ein Umzug erst in ein paar Jahren sinnvoll ist. Der SR wird gebeten, der Motion zuzustimmen.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara teilt mit, dass man sich inhaltlich einig ist. Das Ziel ist die Verlagerung der Stadtverwaltung ins Bahnhofquartier. Das Mergele-Gebäude ist einer von diversen möglichen Standorten. Ein entsprechendes Konzept kann nicht bis im Juni 2007 vorgelegt werden. Bei den gemachten Voten hat man das Gefühl, dass man wissen möchte, was alles bereits gemacht worden ist. Dem SR kann angeboten werden, dass er regelmässig über den Stand der Dinge informiert wird. In der Stadtverwaltung, im speziellen in der Baudirektion, läuft im Moment sehr viel. Die Mitarbeitenden der Baudirektion haben noch andere grosse und wichtige Geschäfte zum Bearbeiten und können nicht ausschliesslich das gewünschte Konzept fertig erstellen. Der SR muss den GR und die Verwaltung auch nicht zeitlich unter Druck stellen. Der ganze Umzug soll seriös gemacht werden. Es ist wichtig, dass der Umzug gut geplant wird und die Nutzung der freiwerdenden Gebäude im Kirchbühl klar ist. Für die Oberstadt ist es besonders wichtig, dass eine Lösung gefunden wird. Bei den Voten wurden die Finanzen angesprochen. Man geht klar davon aus, dass die Liegenschaften im Kirchbühl verkauft werden können. Je nachdem können damit Investitionen im Bahnhofquartier gemacht werden. Der SR soll den Vorstoss nicht überweisen. Der GR wird in Zukunft den SR regelmässig über den Stand der Dinge informieren.

Der Vorstoss wird vom Stadtrat mit 19 Ja und 18 Nein Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

7. Motion FDP/jf-Fraktion betreffend „Localnet ohne Stadtbeteiligung“

Die Motion wird zurückgezogen.

8. Interpellation Christoph Grimm, GFL, betreffend Alkoholverkauf an Jugendliche an der Solennität 2006. Wie geht es in Zukunft weiter?

Stadtrat Grimm Christoph orientiert, dass die Interpellation aufgrund von Erfahrungen und Beobachtungen an den letzten Solätte-Anlässen eingereicht wurde. Die Solätte ist ein Fest der Traditionen und

der Jugendlichen. An der letzten Solätte hatte es leider viele Jugendliche, welche beschwipst oder stark betrunken waren. Zudem waren etliche dieser Jugendlichen unter 18- bzw. 16-jährig. Es sind viele Glasflaschen im Graben liegen geblieben, obwohl eine Vereinbarung besteht, dass keine Glasflaschen verkauft werden dürfen. Die Glasflaschen werden in einem nahe liegenden Shop gekauft. Dieser Shop hatte bis nach Mitternacht geöffnet. Das neue Handels- und Gewerbegesetz ist per 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Artikel 10: „Folgende Geschäfte dürfen täglich von 06.00 bis 22.00 Uhr offen halten: Detailverkaufsgeschäfte bis zu 120 m² Verkaufsfläche, die einer Tankstelle angegliedert sind.“ Artikel 18: „Die Gemeinden überwachen die Einhaltung der Beschränkungen des Handels mit Tabak sowie mit alkoholischen Getränken“. Das BECO schreibt zudem in einer Richtlinie betreffend der Weitergabe: „Das Verkaufs- und Abgabeverbot gilt nicht nur für das Service- und Verkaufspersonal, alle Personen machen sich strafbar, wenn sie Kindern oder Jugendlichen Alkohol und Tabak weitergeben. Dazu sind ausschliesslich die Eltern befugt“. Deshalb hat Stadtrat Grimm Christoph dem GR 5 Fragen zu dieser Thematik gestellt. Er möchte wissen, ob sich der GR bewusst ist, dass viele zum Teil unter 18-jährige Alcopops konsumieren. Was unternimmt die Stadt zur Eindämmung der Alkoholexzessen? Welche Kontrollen werden von der Polizei durchgeführt? Ist der GR bereit Gespräche zu führen mit den Verkaufsshops? Ist der GR allenfalls bereit, ein generelles Alcopop-Verkaufsverbot an der Solätte zu erlassen? Von der Stadt wird erwartet, dass Massnahmen ergriffen und Testkäufe gemacht werden. Zudem soll geprüft werden, ob ein Alcopop-Verkauf analog der Fasnacht in Bern umgesetzt werden kann. Die Stadt muss bei einem Kinder- und Jugendfest wie der Solätte einen mutigen Schritt vorwärts machen und sich nicht nur nach der Gesetzgebung richten.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass nach jeder Solennität das Polizei-Sekretariat einen Bericht an den GR erstattet und ausserordentliche Vorkommnisse werden der Ressortchefin zur Kenntnis gebracht. Im vergangenen Jahr wurden ebenfalls Beobachtungen der Jugendarbeiterin der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde an den GR weitergeleitet. Wie jedes Jahr wird der Solennitäts-Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion auch in Zukunft an alle Gastwirtschaftsbetriebe und Verkaufsstellen von alkoholischen Getränken ein Schreiben verschicken, in dem dazu aufgerufen wird, sich an die gesetzlichen Vorgaben des Jugendschutzes zu halten und vom Verkauf von Alkohol an Jugendliche abzusehen. Des weiteren führen die Stadtpolizei und die Kantonspolizei bei Gastgewerbebetrieben und Verkaufsstellen Kontrollen über die Einhaltung der Bestimmungen über den Jugendschutz durch. Die Sicherheitsdirektion plant für die Solennität 2007 den Einsatz von zusätzlichem Sicherheitspersonal. Im Übrigen lädt die Einwohner- und Sicherheitsdirektion die Burgdorfer Stadtwirte alljährlich zu einem Informationsnachmittag ein, an welchem Fragen und Probleme des Gastgewerbes diskutiert werden. Eines der Hauptthemen bildet jeweils die Solennität. An der letztjährigen Solennität hat die Stadtpolizei vielerorts, vor allem auch im erwähnten Tankstellenshop, Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzes durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass bei fragwürdigem Alter vor dem Alkoholverkauf die Ausweise kontrolliert wurden. Oftmals werden die Getränke jedoch bereits im Vorfeld, die Grossverteiler haben normalerweise an der Solennität bis 12.00 Uhr geöffnet, von den Jugendlichen gekauft. Eine umfassende Kontrolle in allen Alkoholverkaufsstellen vor und während der Solennität ist schlicht nicht möglich, ebenso wenig der Konsum von ausserhalb der Festivitäten beschafften alkoholischen Getränken. Es werden von der Stadtpolizei Jugendliche geschickt um Testalkoholeinkäufe zu tätigen. Der Solennitäts-Ausschuss will an der Solennität 2007 in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei in gewissen Verkaufsstellen Kontrollen bezüglich Einhaltung des Jugendschutzes durchführen. Die gegenüber den Oberstadtwirten verfügbaren Auflagen wurden grösstenteils eingehalten. Es werden leider Getränke von ausserhalb an die Solätte gebracht. Welche Stellen wie viele Flaschen Alcopops verkauft haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Mit dem angesprochenen Tankstellenshop werden wir vor der diesjährigen Solennität Kontakt aufnehmen und die Problematik darlegen. Es fehlen jedoch, mit Ausnahme bezüglich der jugendlichen Konsumenten, die gesetzlichen Grundlagen zur Einschränkung des Verkaufs oder zum Erlass eines Verkaufsverbots. Nach Abklärungen mit dem Regierungsstatthalteramt fehlt die gesetzliche Grundlage zur Durchsetzung eines speziellen Verkaufsverbots. Zudem werden wie erwähnt viele Getränke vor dem Solennitätsabend oder ausserhalb gekauft und an die Solennität gebracht. Bestünde eine solche Einschränkung auf unserem Stadtgebiet, würden diese Getränke wohl in den Nachbargemeinden eingekauft oder die Jugendlichen würden auf ein anderes Getränk wechseln.

Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme zu den Fragen 1 bis 3 befriedigt, zur Frage 4 teilweise befriedigt und zur Frage 5 nicht befriedigt.

9. Interpellation FDP/jf-Fraktion betreffend „Zukunft der Kommission für öffentliche Sicherheit“

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man sich Gedanken über die Zukunft der Kommission für öffentliche Sicherheit gemacht hat. Obwohl diese Kommission seit einigen Jahren besteht, weiss man nur anhand des Verwaltungsberichtes, dass es eine solche Kommission gibt. Bis jetzt hat man noch keine aktive Tätigkeit dieser Kommission wahrnehmen können. Aus diesem Grund wurde die Interpellation eingereicht. Die Fragen sind klar formuliert. Man ist gespannt auf die Antwort des GR.

Gemeinderätin Rechner Beatrix orientiert, dass als Folge der letzten Totalrevision der Gemeindeordnung (GO) mit Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2002 auch das Kommissionswesen neu geregelt wurde. Für die neu zu bestellenden Ständigen Kommission verabschiedete der SR am 17. Juni 2002 ein Kommissionsreglement (KoR), die Bestellung der Behörden erfolgte am 3. Februar 2003, worauf der GR das Reglement rückwirkend auf den 1. Januar 2003 in Kraft setzte. Die Kommission für öffentliche Sicherheit (KöS) wurde ersatzweise für die damalige Feuerwehr- und Zivilschutzkommission geschaffen, als vorberatende Kommission des GR für das Feuerwehr- und Zivilschutzwesens. Die Aufgaben im Einzelnen sind im Kommissionsreglement aufgeführt, welches ausserdem noch festhält, dass der GR der Kommission „... weitere Aufgaben, namentlich auf dem Gebiet des Polizeiwesens ...“ zuweisen kann. Diese Bestimmung wurde unter anderem auf Grund der Auflösung der Polizeikommission aufgenommen, welche sich zuletzt hauptsächlich mit Einbürgerungen befasste, für welche seit 2003 eine eigens dafür geschaffene Kommission zuständig ist. Im Rahmen der Umsetzung von NPM erfolgte gleichzeitig mit der Schaffung der Produktstruktur eine Neubeurteilung der damit verbundenen Verantwortlichkeiten und Abläufen. Die daraus folgenden organisatorischen Anpassungen wurden bereits ein Jahr nach der Einsetzung der KöS auf den 1. Januar 2004 umgesetzt. Dies ist ein Grund, weshalb diese Kommission eigentlich nie richtig Fuss fassen konnte. Dazu kommt, dass sich in der Praxis schon bald einmal zeigte, dass dieser Behörde vorwiegend operative Aufgaben zugewiesen waren, für deren Erfüllung es keine dazwischengeschaltete Behörde bedurfte. Und für die neu gegründete Gemeindeführungsorganisation (GFO) kann die KöS daher nicht als vorgesetztes Organ funktionieren, weil die GFO im Fall von ausserordentlichen Ereignissen unverzüglich eingesetzt wird und daher direkt dem GR unterstellt werden muss. Eine nochmalige Anpassung der Zuständigkeiten im Bereich der Sicherheits- und Einwohnerdirektion erfolgt auf den 1. Januar 2010 im Rahmen der Umsetzung von Police Bern. Nach der heutigen Einschätzung dürfte das Feuerwehr- und Zivilschutzwesen davon nur am Rande betroffen sein. Es trifft zu, dass die KöS praktisch inaktiv ist. Der Grund ist einerseits organisatorisch bedingt, auf der anderen Seite war die Schaffung einer solchen Kommission das Resultat einer Fehleinschätzung. Der GR wird dem SR an einer seiner nächsten Sitzungen die ersatzlose Aufhebung der KöS beantragen.

Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

10. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Altersvorsorge für StadtpräsidentInnen

Stadtrat Penner Nadaw teilt mit, dass zu diesem Thema bereits viel gesagt und geschrieben wurde. Der Vorstoss könnte eigentlich zurückgezogen werden, aber man ist der Meinung, dass der GR nur die Fragen betreffend dem finanziellen Aspekt zufriedenstellend beantwortet hat. Es ist eine Aufgabe der Demokratie den Verantwortlichen genau auf die Finger zu schauen, die Beschlüsse genau unter die Lupe zu nehmen und nötigenfalls auch vor Gericht zu gehen. Die Demokratie muss die soziale Struktur hinterfragen.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass die Interpellation an der Stadtratssitzung vom 18. Dezember 2006 eingereicht wurde. An der gleichen Sitzung informierte der GR ausführlich über das Thema und legte dem SR sowie den Medien alle Fakten und Zahlen vor. Die Stellungnahme wurde schriftlich abgegeben. Bei der Stellungnahme ging es nicht nur um die finanziellen Aspekte. An der Stadtratssitzung vom 26. Februar 2007 hat der GR erneut informiert und zwar im Zusammenhang mit dem Schlussbericht der GPK. Die vorliegende Interpellation ist nach Auffassung des GR bereits beantwortet. Die Fragen der Interpellation decken sich fast vollumfänglich mit der bisherigen Berichterstattung. Im Weiteren sind einige Fragen der Interpellation keine echte Fragen, sondern beantworten sich von selbst, also suggestiv Fragen. Der GR hält nochmals zusammenfassend fest, dass der Einkaufsbeschluss auf geltendem Recht der Stadt Burgdorf beruht. Der GR hat seine Kompetenzen nicht über-

schritten. Nach Abschluss der noch hängigen Gemeindebeschwerde wird sich der GR ein letztes Mal dazu äussern. Der Beschluss ist auch unter Berücksichtigung der konkreten Situation in der Sache durchaus angemessen. Bei der Kommunikation des Beschlusses sind Fehler passiert, die unnötige Emotionen schürten. Der GR hat sich dafür entschuldigt. Aus diesem Fehler hat der GR gelernt, diese werden in Zukunft vermieden.

Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

11. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass nachdem eine Motion betreffend Verkauf der Localnet eingereicht, von der Stadtverwaltung und auch vom Verwaltungsrat der Localnet bearbeitet wurde, wird diese nun wieder zurückgezogen. Es scheint, dass es langsam zu einem üblichen Vorgehen der bürgerlichen Ratsmehrheit wird, parlamentarische Vorstösse einzureichen, bearbeiten zu lassen und anschliessend zurückzuziehen. Es ist erstaunlich, dass gerade diejenigen die laut Effizienzsteigerung und Kostenreduktion in der Stadtverwaltung verlangen, diese selber mit der Bearbeitung solcher Vorstösse mit nicht notwendigen Arbeiten belasten. In der gesamten Diskussion um Verzichts- und Sparmöglichkeiten sollte man einmal bei sich selber nach solchen Möglichkeiten suchen und Vorstösse erst nach seriösen Abklärungen einreichen oder wenn man selber davon überzeugt ist. Die zurückgezogene Motion weist für die Stadt Burgdorf keine finanziellen längerfristige Perspektiven auf noch wurde das lokale Engagement der Localnet wie zum Beispiel im Bereich Sponsoring, es sind dies rund Fr. 200'000.-- pro Jahr, berücksichtigt. Wer würde wohl seine zurzeit beste Milchkuh zum Metzger bringen? Wohl kaum jemand. Bitte in Zukunft nur noch Vorstösse einreichen, welche nicht mit dem Fazit „ausser Spesen nichts gewesen“ wieder zurückgezogen werden müssen. Leider gibt es für seriöse Arbeit weniger Pressezeilen doch nur dieses Arbeiten bringen schlussendlich Burgdorf in seiner Entwicklung weiter. Und das wollen wir schlussendlich alle.

Stadtrat Muster Adrian beruhigt und teilt mit, dass die Abklärungen nicht für Nichts gemacht worden sind. Der traktandierte Vorstoss wurde zwar zurückgezogen, aber manchmal läuft die Zeit schneller als die politischen Mühlen mahlen. Als die Motion formuliert wurde anfangs Dezember waren gewisse Erkenntnisse zu diesem Geschäft noch nicht vorgelegen. Ende Januar hat es aus der Stadt Thun Signale gegeben, da Thun einen Teilverkauf ihrer Energieversorgung überprüft. Deshalb hat die FDP-Fraktion beschlossen, das Anliegen nochmals zu überprüfen. Man hat überlegt, ob ein Teilverkauf nicht eventuell die bessere Alternative wäre. Deshalb wurde eine neue Motion formuliert betreffend Teilverkauf der Localnet AG und diese wird an der heutigen Stadtratssitzung eingereicht. Das Stadtratsbüro wurde mit dem Wortlaut der Motion bedient.

Stadtrat Grimm Christoph orientiert, dass er vorhin nicht ganz zufrieden war mit der Antwort zu seiner Interpellation. Deshalb hat er in der Zwischenzeit eine Motion geschrieben und diese eingereicht. Zu den Punkten 3 und 4 wird eine bessere Antwort erwartet. Die Stadt Burgdorf wird aufgefordert, ein Präventionskonzept zu erarbeiten. Dieses soll ein generelles Verbot von Alcopops beinhalten. Das Polizeigesetz muss im Zusammenhang mit dem Jugendschutz genauer betrachtet werden.

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Dringliche Motion Christoph Grimm, GFL, betreffend Alcostop an der Solennität (Das Büro des Stadtrates stimmt der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Motion FDP/jf-Fraktion betreffend „Teilverkauf Localnet AG“ (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph teilt mit, dass im Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Verabschiedung Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion

Nach 10 Jahren Mitarbeit im Gemeinderat war dies nun die letzte offizielle Stadtratssitzung von Barbara. Wir von unserer Fraktion danken dir ganz herzlich für deinen Einsatz während diesen Jahren in der Exekutive und unserer Fraktion. Ihre sachlichen, erklärenden Wort im für manche doch undurchschaubaren Dschungel der Finanzzahlen, ihre fast immer positiven Rechnungsabschlüsse, der massive Schuldenabbau so wie ihre ruhige und sachliche Persönlichkeit werden uns fehlen. Sie hat mit ihrem umsichten Umgang der Finanzen eine solide Ausgangslage für die weitere Entwicklung von Burgdorf geschaffen. Anstehende Grossprojekte dürfen mit Blick auf den gesunden Finanzhaushalt nun mit gutem Gewissen in Angriff genommen werden. Einige von euch kennen meine Vorlieben für Wein und gutes Essen. Ich versuche nun, die Arbeit von Barbara als Finanzministerin in Form eines kleinen Vergleiches mit einem der besten Weingütern im Veneto, der Azienda Agricola Quintarelli, über welches man Begriffe wie „aussergewöhnlich, eines der besten Rebgrüter der Welt oder spektakulär“ lesen kann, zu beschreiben. Der Zugang zu diesem Gut ist nur schwer zu finden. Ohne Fragen und Hilfe der Nachbarn ist es fast unmöglich. Barbara war für uns dieser Nachbar zu den Zahlen. Wir konnten immer auf ihre Hilfe zählen, wenn wir Mühe hatten, den Zugang zum Budget oder dem Abschluss nach NPM oder auch nicht nach NPM zu finden. Sie hat uns den Weg in die Zahlen gezeigt. Steigt man, einmal beim Gut angekommen, dann tiefer über sieben Ecken und Treppen vorbei an Flaschen, Maschinen und sonstigem Inventar in das Gut hinein, so erreicht man einen kleinen kühlen Raum, mit einem grossen Tisch mit einigen Gläser in der Mitte und Jahrzehnte alte Schätze der Vini-faktion entlang den Wänden. Die Degustation danach ist unglaublich. Behutsam und mit einer Präzision werden die Gläser zuerst gereinigt, danach der Wein in Mengen eingeschenkt, dass für später auch noch etwas vorhanden bleibt. Manchmal hat man auch das Glück, dass ein Schatz an der Wand geöffnet wird und man als Besucher miterleben darf. Barbara hat die Finanzen genauso exakt und behutsam geführt. Seriös und präzise die Geschäfte vorbereitet, sinnvoll in den Aufbau der Infrastruktur investiert, die Schulden abgebaut sowie das Eigenkapital aufgebaut und manchmal auch einen Schatz veräussert. Aber immer hatte Barbara ein Blick darauf gelegt, dass für zukünftigen anstehenden Investitionen die Voraussetzungen noch vorhanden sind oder dann geschaffen wurden. Die degustierten Weine von Giuseppe Quintarelli selber sind dann eine freudige Überraschung. Eine Vielfalt an Aromen, Farben und Gerüchen, kurz gesagt ein wahrer Genuss. Auch Barbara präsentierte uns Genüsse in Form von positiven Rechnungsabschlüsse. Manchmal waren sie fast programmiert, manchmal waren sie eine freudige Überraschung. Barbara für deine Arbeit danken wir dir ganz herzlich und wünschen dir für deine Zukunft alles Gute und die Zeit, diesen unglaublichen Wein zu geniessen.

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph

Ich verstehe, dass du dich entschieden hast hier aufzuhören. Die Last in deinem Beruf, übrigens eine Arbeitgeber-Last, wie meine im Beruf, hat bei dir extrem zugenommen. Wer die Tagespresse verfolgt, kann dies beurteilen. Nicht alles kann man gleichzeitig machen, auch du nicht. Für mich ist es eine Ehre, nicht unbedingt eine Freude, dich hier verabschieden zu dürfen bzw. zu müssen. Ich erkläre mich: Zwar mag ich dir gönnen, dass du die Last der Finanzen, nicht nur der Schulden der Stadt, nicht mehr zu tragen hast. Doch wir hätten von deinem Wissen und Können gerne noch länger Nutzen ziehen wollen. Vermutlich hätten wir deinen Rücktritt gar nicht angenommen, hätten wir entscheiden dürfen. Von deiner Sachkompetenz waren wir beeindruckt. Deine Beharrlichkeit, in der richtigen Dosis, habe ich stets bewundert. Die Umstellung auf das komplizierte Ding „NPM“ ist dir gelungen. Demnächst haben wir mit der Rechnung 2006 eine vollständige Übersicht über Budgets und Rechnung in der neuen Darstellung. Und mit weit grösserer Aussagekraft als früher. Als NPM-Kritiker gratuliere ich dir neidlos dazu. Sparen und Ausgeben, ein Weg zwischen Scylla und Charybdis. Wer für die Finanzen verantwortlich ist, dem lauern von allen politischen Seiten Gefahren. Doch dazu nicht mehr. Gesunde Finanzen der Nachfolge zu überlassen, das ist das grösste Bestreben von seriösen Finanzministern. Das weiss ich, habe ich doch mehrere Finanzminister als Chef gehabt. Du, Finanzministerin, hinterlässt in dieser Stadt gesunde Finanzen. Das Resultat kommt nicht von Nichts. Das wissen wir und wir wissen es zu schätzen. Dafür danke ich dir im Namen des Stadtrates und der Einwohnergemeinde Burgdorf. Für deine politische, berufliche und private Zukunft wünschen wir dir alles Beste.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara dankt und freut sich über diese Worte. Sie war insgesamt 14 Jahre, inklusive dem SR, im Gemeindesaal aktiv. Sie hat ihre Arbeit gerne gemacht. Sie freut sich aber, dass nun mehr Freizeit vorhanden sein wird. Sie wird nicht an der nächsten Stadtratssitzung auf der Besuchertribüne sitzen, aber sicherlich ab und zu teilnehmen. Sie wünscht dem SR weiterhin alles Gute und hoffentlich gute Politik im Interesse der Stadt Burgdorf.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 25. April 2007 / hbr

Dr. Christoph Zurbrügg

Brigitte Henzi